



Haushalts- und Finanzausschuss

108. Sitzung (öffentlich)

29. Oktober 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:00 Uhr bis 14:30 Uhr

Vorsitz: Anke Brunn (SPD)

Protokoll: Rainer Klemann, Karin Wirsdörfer, Stefan Ernst;
Franz-Josef Eilting (Federführung)

Verhandlungspunkte:

Zur heutigen Tagesordnung

5

- 1 Gesetz zur Änderung des Landesreisekostengesetzes (LRKG), der
Trennungsentschädigungsverordnung (TEVO) sowie zur Verlän-
gerung der Befristung des Landesumzugskostengesetzes (LUKG)**

6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9739

Vorlage 14/2889

Zuschrift 14/1868

Anhörung der kommunalen Spitzenverbände

Die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände erhalten
Gelegenheit zur Stellungnahme. Zu den aufgeworfenen
Fragen soll schriftlich Stellung genommen werden.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)

8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9700

Öffentliche Anhörung von Sachverständigen

In der nach Einzelplänen gegliederten Anhörung antworten die Sachverständigen jeweils auf die Fragen der Ausschussmitglieder.

Zu folgenden Einzelplänen werden Fragen gestellt:

<u>Einzelplan 15:</u>	Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration	8
<u>Einzelplan 11:</u>	Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales	23
<u>Einzelplan 05:</u>	Ministerium für Schule und Weiterbildung	25
<u>Einzelplan 20:</u>	Allgemeine Finanzverwaltung	29
<u>Einzelplan 03:</u>	Innenministerium	43

Die in der folgenden Tabelle aufgeführten Seitenzahlen kennzeichnen den Beginn der Wortbeiträge der Sachverständigen.

Organisation/Verband	Sachverständige/r	Stellungnahmen	Seiten
Vereinigung der Waldorfskindergärten	Gerhard Stranz	14/2877 14/2898	9, 15, 26
Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW	Horst-Heinrich Gerbrand Dr. Matthias Menzel	14/2872	12, 19, 22 35
Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege NRW	Marita Haude Michael Szentei-Heise	14/2873	18, 25 22
Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk NRW	Guntram Schneider	14/2887	24, 32, 39, 42

Organisation/Verband	Sachverständige/r	Stellungnahmen	Seiten
Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule NRW	Werner Kerski	14/2885	26
Philologen-Verband NRW	Peter Silbernagel	14/2860	28
Verband Bildung und Erziehung NRW	Bruno Quernheim	14/2882	28
dbb nrw – beamtenbund und tarifunion	Meinolf Guntermann	14/2871	34
Bund der Steuerzahler NRW	Michael Boeckhaus	14/2892	36, 42
LandesSportBund NRW	Stefan Klett	14/2868	44, 46

Weitere Stellungnahmen:

Organisation/Verband	Stellungnahme
Deutsche Steuer-Gewerkschaft, Landesverband NRW	14/2864
Westfälischer Herbergsverband	14/2865
Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW	14/2874
Kulturrat NRW	14/2875
Krankenhaus Gesellschaft NRW	14/2883
Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	14/2893

1 Gesetz zur Änderung des Landesreisekostengesetzes (LRKG), der Trennungsentschädigungsverordnung (TEVO) sowie zur Verlängerung der Befristung des Landesumzugskostengesetzes (LUKG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9739

Vorlage 14/2889

Zuschrift 14/1868

Anhörung der kommunalen Spitzenverbände

Vorsitzende Anke Brunn: Zu diesem Gesetzentwurf hatten wir relativ kurzfristig eine Zuschrift der kommunalen Spitzenverbände erhalten, die an sich nicht rechtzeitig involviert waren, aber jetzt Stellung genommen haben. Dazu hat die Landesregierung wiederum ein Statement eingereicht.

Wir wollen den Abgeordneten bzw. den Vertretern der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände jetzt kurz die Gelegenheit einräumen, ergänzend Fragen zu stellen bzw. Stellung zu nehmen, wenn dies gewünscht wird. Gegebenenfalls kann auch noch eine schriftliche Intervention durchgeführt werden.

Ich frage zunächst einmal die Abgeordneten: Haben Sie ergänzende Fragen? – Bitte schön.

Thomas Trampe-Brinkmann (SPD): Ich habe die Zuschrift der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände gerade erst überflogen. Da insbesondere vonseiten der kommunalen Familie Kritik an dem neuen Verfahren der IT-gestützten Beantragung vorgebracht wird, möchte ich Sie, sehr geehrte Experten, aber erstens darum bitten, diese Kritik noch ein Stück weit zu verdeutlichen.

Zweitens würde ich gerne den Aspekt der Beleghaltung durch die dienstreisenden Mitarbeiter und des Nachweises der entstandenen Kosten noch einmal von Ihnen beurteilt sehen. Wie schätzen Sie das Problem ein, dass es hinterher bei Überprüfungen doch zu Unstimmigkeiten kommen kann? Wie stellen Sie sich dazu?

Drittens. Wie schätzen Sie die Höhe der Wegstreckenentschädigung insgesamt ein? Und was halten Sie von der im Gesetzentwurf vorgenommenen Begrenzung auf maximal 100 €?

Vorsitzende Anke Brunn: Es besteht auch die Möglichkeit, dass Sie mithilfe Ihrer weiteren sachverständigen Kollegen schriftlich dazu Stellung nehmen. Schließlich konnten Sie sich auf diese Fragestellung gar nicht vorbereiten. Wir wollen die abschließende Auswertung im Rahmen der Gesetzesberatung am 12. November dieses Jahres vornehmen.

Hans-Willi Körfges (SPD): Zwischenzeitlich hat es – die Vorsitzende hat darauf hingewiesen – eine Reaktion der Landesregierung auf die Zuschrift der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände gegeben. Sind die Bedenken, die seitens der kommunalen Spitzenverbände bestanden haben, damit ausgeräumt? Das muss jetzt nicht unbedingt mündlich umfassend ausgeführt werden. Uns geht es darum, ob wir die Beteiligung – sowohl formal als auch inhaltlich – dann tatsächlich als hinreichend beurteilen können. Deshalb interessiert mich, ob Sie in diesem Statement der Landesregierung die kommunalen Belange entsprechend berücksichtigt finden und insofern damit leben können.

Vorsitzende Anke Brunn: Auch das wäre also schriftlich möglich. Sie haben jetzt aber das Wort, Herr Dr. Menzel.

Dr. Matthias Menzel (Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW): Unsere Zuschrift liegt Ihnen ja vor. Wir werden in dieser Angelegenheit noch einmal schriftlich Stellung nehmen; denn hier sitzen zwei fachfremde Kollegen vor Ihnen, die sich in dieser Thematik nicht ganz genau auskennen. Da bitten wir um Verständnis. Wir haben die Punkte aufgeschrieben, und die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände wird ergänzend dazu Stellung nehmen.

Vorsitzende Anke Brunn: Herzlichen Dank. Damit können wir diesen Teil der Sitzung beenden.